DGB-FORDERUNGEN ZUR EUROPAWAHL:

1. **Europaweit arbeiten. Jetzt aber fair!**
   Wir fordern eine europaweite Stärkung der Tarifbindung, bessere Arbeitnehmer-Mitbestimmung, armutsfeste Mindestlöhne in jedem EU-Mitgliedsstaat, Regeln für angemessene Mindesteinkommen und EU-Standards für die Arbeitslosenversicherung.

2. **Gleiche Chancen für Frauen in Europa. Jetzt aber echt!**
   Wir fordern eine neue EU-Gleichstellungsstrategie mit konkreten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in allen Lebensbereichen.

3. **Investitionen in Europa.**
   Jetzt aber für die Menschen!
   Wir fordern eine europäische Investitionsoffensive und einen „Marshall-Plan für Europa", um Wachstum, Arbeitsplätze, Bildung und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern und die Klimaziele zu erreichen. Dann kann auch der Strukturwandel aktiv gestaltet werden. Eine solche Investitionsoffensive ist finanzierbar, wenn wir endlich Steueroasen trocken legen und die seit langem versprochene Finanztransaktionssteuer einführen!

4. **Der Euro als gemeinsame Währung.**
   Jetzt aber sicher machen!
   Wir fordern eine europäische Wirtschaftsregierung, damit der Euro funktionieren kann und die Menschen in Krisen sozial abgesichert sind.

DGB-FORDERUNGEN ZUR EUROPAWAHL:

5. **Frieden in Europa und weltweit.**
   Jetzt aber mit mehr Engagement!
   Die EU muss mehr investieren, um den Frieden in anderen Weltregionen zu sichern. Wir fordern eine stärkere Kontrolle von Waffenexporten und lehnen die NATO-Forderung auf Erhöhung der Rüstungsausgaben entschieden ab.

6. **Europa in der globalisierten Welt.**
   Jetzt aber gerecht!
   Wir fordern, dass Europa für den Rest der Welt zum Modell für eine wirtschaftliche und soziale Integration wird und die Globalisierung fair gestaltet. Internationale Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards bestimmen das Geschehen auf den Märkten, nicht umgekehrt. Wir fordern die Wahrung von Arbeitnehmer- und Menschenrechten entlang globaler Wertschöpfungsketten und die Sanktionierung von Verstößen gegen sie. Europa muss weltoffen und solidarisch sein.

AM 26. MAI IST EUROPAWAHL.
WÄHLE EIN SOZIALES EUROPA!

Wir machen uns stark für ein soziales, solidarisches, gerechtes Europa.

dgb.de/europawahl

Die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)

Impressum: V.i.S.d.P. DGB Bundesvorstand · Reiner Hoffmann · Henriette-Herz-Platz 2 · 10178 Berlin · Februar 2019

EUROPA! JETZT ABER RICHTIG



EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!

Das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre gewählt – das nächste Mal im Mai 2019. Wahltermin in Deutschland ist der 26. Mai 2019. Knapp 300 Millionen Wahlberechtigte in 27 EU-Mitgliedsstaaten (ohne Großbritannien) sind aufgerufen, 705 Abgeordnete zu wählen, 96 werden aus Deutschland kommen. Das Europäische Parlament ist die demokratisch gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU).

AM 26. MAI IST EUROPAWAHL. WÄHLE EIN SOZIALES EUROPA!

Wir machen uns stark für ein soziales, solidarisches, gerechtes Europa.

dgb.de/europawahl

EUROPA BRAUCHT FRIEDEN UND FREIHEIT

Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Seit mehr als siebzig Jahren herrscht Frieden in großen Teilen Europas, länger als je zuvor. Wir EU-Bürgerinnen und -Bürger können uns in Europa frei bewegen, in anderen EU-Ländern leben, arbeiten, studieren und reisen.

Wirtschaftlich profitiert Deutschland enorm von der EU: Jährlich gehen knapp 60 Prozent unserer Exporte in EU-Länder; fast 30 Prozent der deutschen Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt vom Export ab. Außerdem werden auch in Deutschland viele EU-Gelder eingesetzt – zum Beispiel als Hilfen für ländliche Regionen, für Beschäftigungsprogramme und konkrete Unterstützung wie etwa im DGB-Projekt „Faire Mobilität".

DGB-PROJEKT „FAIRE MOBILITÄT"

Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nach Deutschland kommen, nicht in ausbeuterische und menschenverachtende Arbeitsbedingungen geraten. Nur wenn es gelingt, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" durchzusetzen, kann ein Unterbietungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt verhindert werden.

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität" unterstützt Beschäftigte aus mittel- und osteuropäischen Ländern auf dem deutschen Arbeitsmarkt, um gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen. In acht Beratungsstellen werden sie in ihren Landessprachen bei arbeits- und sozialrechtlichen Fragen sowie bei Problemen mit Arbeitgebern unterstützt.

EUROPA BRAUCHT GERECHTIGKEIT

Lange Zeit standen nicht die Rechte der Beschäftigten im Vordergrund der EU, sondern wirtschaftliche Ziele. Aber allmählich wächst das Bewusstsein, dass auch soziale Fragen eine zentrale Rolle spielen, um Europa zusammenzuhalten. Das Protokoll zur Sozialpolitik hat inzwischen gemeinsam mit der „Charta der Grundrechte der EU" Verfassungsrang. Beispielsweise hat jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen. Auch das Recht auf Kollektiv-Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist von den EU-Verträgen garantiert.

Die EU ist auch die Antwort auf viele Herausforderungen der heutigen Zeit: Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung machen an keiner Staatsgrenze halt. Kein EU-Mitgliedsstaat kann diese Bereiche alleine regeln. Dafür muss die EU gestärkt und weiterentwickelt werden.

EUROPA BRAUCHT SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Die EU ist heute in keiner guten Verfassung. Die europäische Wirtschaft ist durch eine rigide Sparpolitik und neoliberale Konzepte wie den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Lohnkürzungen geprägt. In der Realität werden die sozialen Grundrechte verletzt. Statt dass sich die Löhne und Gehälter langsam angleichen, steigt die Einkommensungleichheit in Europa an. Mehr als 21 Millionen Arbeitslose in der EU und zu Hoch-Zeiten der Finanzkrise über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedsländern prägen das Europa von heute. Ein Viertel der EU-Bürgerinnen und -Bürger ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Trotz des Exportweltmeister-Titels hat der deutsche Arbeitsmarkt einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa.

Dies gefährdet den Zusammenhalt und das Vertrauen in Europa. Rechtspopulistisch-nationalistische Kräfte erhalten in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten politischen Auftrieb. Nicht zuletzt der Austritt Großbritanniens zeigt, dass Europa keine Selbstverständlichkeit ist und immer wieder neu gestaltet werden muss.

